



# PARLAMENTSTICKER

AUS DEM LANDTAG | 28. AUGUST 2019



## KLARE KANTE GEGEN RECHTS – AUCH IM PARLAMENT

**„Erhöhte Wachsamkeit“ – das ist der Titel des sechsten Berichtes über Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit im Land Bremen. „Auf rund 150 Seiten bietet er einen sehr detailreichen, aber auch erschreckenden Einblick in die rechtsextreme Szene im Lande Bremen“, sagte der innenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Kevin Lenkeit, heute in der Debatte zum Bericht in der Bürgerschaft – und nutzte seine Rede auch für scharfe Kritik an der AfD, die er dafür verantwortlich machte, dass der Umgang miteinander – insbesondere auf politischer Ebene – aus den Fugen geraten sei.**

Lenkeit analysierte dazu in seiner Rede die argumentativen Strategien des parlamentarischen Rechtsextremismus, um die Diskussion in eine andere Richtung und von sich abzulenken. „Die AfD wird versuchen abzulenken oder, wie es im Bericht heißt, eine Diskursverschiebung herbeizuführen. Denn gerade bei der eigenen Jugendorganisation, die umfangreich Erwähnung in dem Bericht findet, ist es unbestritten, dass sie es war und ist, welche einen Großteil der Schnittstellenarbeit zu anderen rechtsextremen Vereinen und Verbänden leistet“, so der Sozialdemokrat. „Wie praktisch, wenn der Büromitarbeiter nicht nur bei der eigenen Parteijugend, sondern auch bei der Identitären Bewegung aktiv ist. Einen braunen Synergieeffekt nennt man das wohl.“



Kevin Lenkeit

„Der Bericht zeigt auch auf, dass, wenn das rechts-extreme Einfallstor

erst einmal geöffnet ist, die vermeintlich bürgerliche Maskerade schnell ein Ende hat“, so Lenkeit weiter. „Wer heute gegen Muslime hetzt, der hetzt morgen auch gegen Juden. Wer heute gegen Geflüchtete wettet, der wettet morgen auch gegen jene Menschen, die seit Jahrzehnten hier leben und arbeiten. Ist der rechte Weg erst einmal beschritten, sinkt die Hemmschwelle weiter und weiter. Bis zur Brandstiftung oder Hetzjagd durch deutsche Städte ist es dann nicht mehr weit.“

„Ich bin froh, dass der Kampf gegen den Rechtsextremismus in Bremen als Querschnittsaufgabe betrachtet wird“, so der Sozialdemokrat. „Und angesichts mancher Todeslisten, die im Internet zu sehen sind, muss man sagen: Dieser Kampf kann gefährlich werden. Deswegen müssen wir als Parlament – vielleicht auch noch deutlicher als bisher schon – klar machen: Wir stehen zu denjenigen, die haupt- oder ehrenamtlich gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit kämpfen. Unsere Botschaft ist: Ihr seid nicht allein – wir stehen an eurer Seite!“

„Der Bericht zeigt auf, welche Gefahrenpotentiale der ‚neue‘ Rechtsextremismus mit sich bringt und mahnt uns, rechtsextremen Äußerungen und Handlungen – besonders hier im Parlament – entschlossen entgegenzutreten“, sagte Lenkeit abschließend und kündigte in Richtung der Vertreter der AfD in der Bürgerschaft, aber auch in den Beiräten und der Bremerhavener Stadtverordnetenversammlung an: „Seien Sie gewiss, wir werden Sie nicht jagen, aber wir werden Sie und ihre menschenverachtenden Positionen nicht unkommentiert lassen und sie argumentativ stellen – in jeder Debatte – und den Menschen in Bremen und Bremerhaven zeigen, wieso Sie keine Alternative für Deutschland sind, sondern eine Schande für Deutschland und unseren zwei Städte-Staat.“

> „Erhöhte Wachsamkeit“ – Sechster Bericht über Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit im Lande Bremen 2013 bis 2018

[http://tiny.cc/bericht\\_rechtsextremismus](http://tiny.cc/bericht_rechtsextremismus)

## DEBATTE **A 281: WARTEN AUF URTEIL IST DAS RICHTIGE VORGEHEN**

**Der weitgehende Stopp der Arbeiten am Bauabschnitt 2.2 der Autobahn 281 war heute das Thema einer Aktuellen Stunde in der Bürgerschaft. Die verkehrspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Anja Schiemann, verteidigte die Entscheidung der Verkehrsbehörde. „Bremen ist gut beraten, die Gerichtsentscheidung abzuwarten“ sagte sie, betonte aber auch: „Natürlich würden wir lieber heute als morgen mit den Bauarbeiten beginnen, um den Ringschluss der A 281 endlich Realität werden zu lassen.“**

„Es ist keine Frage: Bremen braucht diesen Ringschluss – und zwar komplett samt Tunnel“, sagte Schiemann in ihrer Rede in der Bürgerschaft. „Der Ringschluss ist nicht nur für die Wirtschaft wichtig, sondern vor allem auch für die Menschen, die täglich aus der Überseestadt oder Walle kommend im Stau stehen. Der fertige Autobahnring wird diese Situation enorm entschärfen.“

Schiemann weiter: „Es ist völlig klar: Die Vollendung des Autobahnringes durch die Autobahn 281 ist für Bremen von zentraler wirtschaftspolitischer Bedeutung. Denn mit der A 281 werden der Flughafen, das Güterverkehrszentrum und der Neustädter Hafen direkt an das bundesdeutsche Autobahnnetz angebunden. Darüber hinaus



Anja Schiemann

eröffnet der Autobahnring die Möglichkeit einer sternförmigen Erschließung der zentralen Stadt – und damit vor allem auch die Minimierung der Verkehre durch das Stadtgebiet.“



Dass nun die Bauarbeiten weitgehend gestoppt worden seien, bis über die Klage einer Bürgerinitiative entschieden worden ist, sei dennoch richtig, betonte die Sozialdemokratin. „Ich finde es richtig, die Klagen der Bürger – auch wenn ich ihre Position nicht teile – ernst zu nehmen und eben nicht einfach Fakten zu schaffen“, sagte sie. „So wenig positiv ich es finde, dass wir nun höchstwahrscheinlich 12 bis 15 Monate auf die Entscheidung des

Oberverwaltungsgerichts warten müssen – ich bin der Überzeugung: Bremen ist gut beraten, diese Gerichtsentscheidung abzuwarten – aus Respekt vor den Bürgern, aber auch, um im Fall des Falles keine Fakten geschaffen zu haben.“ Alles andere sei zudem fahrlässig, da im Falle einer anderen Entscheidung des Gerichts bereits geschaffene Maßnahmen zurückgenommen oder zurückgebaut werden müssten – mit Steuergeld.

„Auch ich bedaure, dass es dadurch noch einmal zu Verzögerungen kommen wird. Aber am Ende gewinnen wir dadurch – nämlich Rechtssicherheit bei der Umsetzung des Planfeststellungsbeschlusses, und wir vermeiden ein hohes finanzielles Risiko. Das sollte uns die Zeitverzögerung Wert sein“, sagte Schiemann

abschließend und sagte mit Blick auf die CDU, die die Aktuelle Stunde beantragt und einen sofortigen Baubeginn gefordert hatte: „Auch die CDU ist übrigens gut beraten, den Ausgang von Gerichtsverfahren abzuwarten. Was dabei herauskommt, wenn man dies nicht tut, sieht man aktuell an der ablehnenden EuGH-Entscheidung zu den Mautplänen von Herrn Minister Scheuer, der ja immerhin Ihrer Schwes-terpartei angehört.“

## FRAGESTUNDE **WAS TUN GEGEN DIE VERSCHWENDUNG VON LEBENSMITTELN?**

Die gesamte Fläche Brandenburgs, ganze 2,4 Millionen Hektar Land, wären nötig, um die Menge an Lebensmitteln zu erzeugen, die deutsche Haushalte jährlich wegwerfen. 81,6 Kilogramm Lebensmittel wurden im vergangenen Jahr weggeworfen – pro Kopf. Weitere 50 Kilogramm gehen zusätzlich dazu noch beim Transport, im Handel, bei oder nach der Produktion verloren. Eine gewaltige Menge, in die etliche Akteure und Faktoren hineinspielen.

Im Mai kündigte der Hamburger Justizsenator an, das Containern – also die Entnahme von eigentlich entsorgten Lebensmitteln aus den Abfalltonnen von Supermärkten oder anderen Händlern – legalisieren zu wollen. Der Fall machte bundesweit Schlagzeilen

und wurde hitzig debattiert. Ein Bremer Supermarkt kündigte daraufhin an, das Containern auf seinem Gelände künftig tolerieren zu wollen, und brachte sogar Hinweisschilder für das korrekte und sichere Containern an. Doch dies kann keine dauerhafte Lösung sein. So wurde



Ute Reimers-Bruns

zum Beispiel zu Beginn des Jahres in Frankreich ein Gesetz erlassen, das Supermärkte dazu verpflichtet, nicht verkaufte Lebensmittel an gemeinnützige Organisationen zu spenden. Für die Fragestunde

des Landtages erkundigte sich die Verbraucherschutzpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Ute Reimers-Bruns, wie der Senat Initiativen gegen Lebensmittelverschwendung bewertet und ob eine Beteiligung an einer solchen Initiative denkbar wäre.

In seiner schriftlichen Antwort erklärte der Senat, er begrüße derartige Initiativen, um die Verschwendung von noch genießbaren Lebensmitteln einzuschränken. Durch eine Verpflichtung zur Spendenabgabe solle die Lebensmittelverschwendung gegenüber dem aktuellen System der Freiwilligkeit noch einmal verringert werden. Der Senat beabsichtige, einer entsprechenden Initiative auf Bundesebene beizutreten.

## BÜRGERSCHAFT VERURTEILT ANGRIFFE AUF POLIZEI- UND RETTUNGSKRÄFTE

Die Bürgerschaft hat heute Gewalt gegenüber Polizistinnen und Polizisten, Polizeirevieren und -fahrzeugen sowie gegen Feuerwehrleute und andere Rettungskräfte scharf verurteilt. Sie beschloss einen entsprechenden Entschließungsantrag der rot-grün-roten Koalition.

Das Thema hat traurige Aktualität. Allein in diesem Sommer ist es zu drei besonders erschreckenden Gewalttaten gegen die Polizei gekommen. Im Mai wurden Beamtinnen und Beamte an der Sielwallkreuzung mit Flaschen angegriffen, und parallel dazu wurden drei Polizeireviere sowie fünf Einsatzfahrzeuge beschädigt. Im Juli zündeten Unbekannte auf dem Gelände des Reviers Schwachhausen zwei Einsatzwagen und den Eingang der Wache an. Und im August wurden nach einem Fußballspiel Polizeikräfte angegriffen und vier Beamte durch Pflastersteine, Schläge und Tritte verletzt.

Die Bürgerschaft hat dies heute in einer Entschließung scharf verurteilt. Sie erklärte zudem, dass sie auch weiterhin alle Maßnahmen ergreifen werde, um den Schutz von Polizei- und anderen Einsatzkräften zu erhöhen und Angriffe zu verhindern. Und das Parlament bekannte, dass eine gesellschaftliche Debatte über



mehr Respekt gegenüber Einsatzkräften erforderlich sei – und es sich darin auch weiterhin aktiv einbringen wolle.

„Manchmal lassen sich Themen auf einen einzigen Satz herunterbrechen – und hier kann man nur klar und unmissverständlich sagen: Gewalt gegen Polizei- und Rettungskräfte ist indiskutabel!“, sagte der innenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Kevin Lenkeit, in der Debatte. Zwar sei Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten

kein neues Phänomen. „Aber offenbar haben wir es mit einer gesellschaftlichen Verrohung zu tun und die Gewaltbereitschaft ist höher als noch vor einigen Jahren oder sogar Jahrzehnten. Deswegen ist Gewaltprävention so wichtig.“

Antrag > Respekt fördern, Gewalt gegen Polizei- und andere Einsatzkräfte entschieden entgegen treten  
[http://tiny.cc/respekt\\_foerdern](http://tiny.cc/respekt_foerdern)

## PFLICHT ZUR AUSBILDUNG BEI NORDWESTBAHN?

Kunden der Nordwestbahn (NWB) hatten in den vergangenen Monaten immer wieder unter Zugausfällen zu leiden. Besonders Bremerinnen und Bremer aus Blumenthal oder Vegesack sowie Bremerhavenerinnen und Bremerhavener bekamen dies in den letzten Wochen unzumutbar oft zu spüren.

Insbesondere im Mai 2019, in der Zeit um Pfingsten, brach der von der Nordwestbahn bereitgestellte Schienenverkehr in Bremen fast komplett zusammen. Die beiden Hauptprobleme: Zu wenige Lokführer und Lokführerinnen sowie defekte Fahrzeuge. Erst im März 2019 wurde der Rahmenvertrag zwischen dem Land Bremen und der Nordwestbahn verlängert – unter der Auflage, dass die aktuelle Situation verbessert wird.

Ein erster Schritt hierfür ist zweifelsohne die Ausbildung neuer TriebfahrzeugführerInnen. Daher wollte der SPD-Abgeordnete Falk Wagner heute in der Fragestunde wissen, ob die Nordwestbahn selbst ausbildet, ob die Durchführung von Ausbil-



Falk Wagner

dungen bei der Vergabe des öffentlichen Dienstleistungsvertrags ein Vergabekriterium war und ob der Senat Zahlungen aus neuen Vertragsstrafen der NWB erwartet. „Die Nordwestbahn führt Qualifizierungslehrgänge durch“, berichtete Verkehrsministerin Maïke Schaefer für den Senat. „Eine vorhergehende abgeschlossene Berufsausbildung ist dafür nicht erforderlich“. Tatsächlich sei erstmals im Vergabeverfahren für das Verkehrsnetz Weser-Ems im Jahr 2014 die Ausbildung von Personal Bestandteil des Verkehrsvertrags gewesen. Auch das zweite Vergabeverfahren im Jahr 2018 habe die Ausbildung als festen Bestandteil vorgesehen. Insgesamt seien für den Zeitraum von Januar bis Juni 2019 insgesamt 1,5 Millionen Euro an Strafzahlungen für die Nordwestbahn angefallen, so Schaefer zu Wagners Frage nach Vertragsstrafen. Allerdings könne man die Fahrgäste hierfür nicht gezielt entschädigen, eine klare Abgrenzung durch die ausgegebenen Fahrscheine sei nicht möglich. Stattdessen, so Schaefer, wolle man die Zahlungen in den weiteren Ausbau des ÖPNV-Systems in Bremen fließen lassen. Bis Mitte 2020 solle zudem eine Mobilitätsgarantie im Verkehrsverbund Bremen-Niedersachsen in Kraft treten, die Entschädigungsansprüche vorsehe.

## GLEICHSTELLUNG BLEIBT ZENTRALE AUFGABE!

Die Bürgerschaft hat heute den Ausschuss für die Gleichstellung der Frau eingesetzt – gegen die Stimmen der AfD. Bei der gleichstellungspolitischen Sprecherin der SPD-Fraktion, Gönül Bredehorst, sorgten die Gegenstimmen für Kritik.

„Gesellschaftlich und politisch sind sich fast alle Parteien darin einig, dass es eine strukturelle Benachteiligung von Frauen gibt, die es aufzulösen gilt“, sagte Bredehorst am Rande der Sitzung. „Die AfD aber tut so, als ob es das nicht gäbe. Das ist vielleicht Realitätsverweigerung oder das Bestreben, 50 Prozent der Bevölkerung zu ignorieren. Egal was von beidem zutrifft: Es macht mich sprachlos. Die Zeit lässt sich nicht zurückdrehen, nur weil die AfD das will. Wir Frauen haben die



Gönül Bredehorst

gleichen Rechte wie Männer. Dafür haben wir in den letzten 100 Jahren gekämpft und werden das auch weiterhin tun. Und das Beste ist, dass wir die Mehrheit der Männer auf unserer Seite haben.“